



## NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege  
am 23.07.2015**

### Anwesend waren:

#### Vorsitzender:

|                  |  |
|------------------|--|
| Herr Karl Montag |  |
|------------------|--|

#### SPD-Fraktion

|                             |  |
|-----------------------------|--|
| Herr Ramiz Arifi            |  |
| Herr Markus Claus           |  |
| Herr Alexander Feiertag     |  |
| Herr Stefan Fiege           |  |
| Herr Manfred Grebenstein    |  |
| Herr Jörg Heinz             |  |
| Frau Gabriele Kniese        |  |
| Herr Peter Krohn            |  |
| Frau Dr. Marita Kroneberger |  |
| Frau Ilona Pfetzing         |  |
| Herr Lutz Schaub            |  |
| Frau Karin Schneider        |  |
| Frau Petra Strauß           |  |
| Herr Matthias Wenderoth     |  |

#### CDU-Fraktion

|                               |  |
|-------------------------------|--|
| Herr Dr. Manfred Bödicker     |  |
| Herr Thomas Große             |  |
| Herr Claus Hamp               |  |
| Frau Angelika Knapp-Lohkemper |  |
| Herr Andreas Kühnel           |  |
| Herr Jörg Rüppel              |  |
| Herr Michael Schmidt          |  |
| Herr Stefan Schneider         |  |
| Frau Annegret Schröter        |  |

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

|                           |  |
|---------------------------|--|
| Frau Claudia Fiedler      |  |
| Herr Siegfried Fiegenbaum |  |
| Herr Armin Jung           |  |

**FDP-Fraktion**

|                    |  |
|--------------------|--|
| Frau Jutta Thiele  |  |
| Herr Klaus Volkmar |  |

**FWG-Fraktion**

|                     |  |
|---------------------|--|
| Herr Jürgen Häcker  |  |
| Herr Andreas Hölzel |  |

**Partei Die Linke**

|                        |  |
|------------------------|--|
| Herr Bernhard Gassmann |  |
|------------------------|--|

**Mitglieder des Magistrats**

|                            |  |
|----------------------------|--|
| Herr Reiner Brill          |  |
| Herr Heinz-Jürgen Gathmann |  |
| Herr Jörg Hartebrodt       |  |
| Herr Alexander Heppe       |  |
| Frau Patricia Hölzel       |  |
| Herr Gerhard Marquardt     |  |
| Frau Heidrun Ott           |  |

**Ortsvorsteher**

|                    |  |
|--------------------|--|
| Herr Rainer Bick   |  |
| Herr Ernst Hartig  |  |
| Herr Walter Hoefel |  |
| Herr Ortwin Ludwig |  |
| Herr Georg Rost    |  |
| Herr Horst Schäfer |  |

**Ausländerbeirat**

|                       |  |
|-----------------------|--|
| Herr Grygoriy Frenkel |  |
|-----------------------|--|

**Schriftführer/in**

|                   |  |
|-------------------|--|
| Herr Volker Jatho |  |
|-------------------|--|

**von der Verwaltung**

|                     |  |
|---------------------|--|
| Frau Patrizia Lenke |  |
|---------------------|--|

**Zuschauer/innen**

|    |  |
|----|--|
| 25 |  |
|----|--|

**Vertreter der Presse**

|   |  |
|---|--|
| 2 |  |
|---|--|

**Entschuldigt waren:****CDU-Fraktion**

|                       |  |
|-----------------------|--|
| Herr Hartmut John     |  |
| Herr Dr. Andreas Vogt |  |
| Frau Julia Witthüser  |  |
| Herr Klaus Wolf       |  |

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

|                      |  |
|----------------------|--|
| Herr Lothar Dietrich |  |
|----------------------|--|

**Mitglieder des Magistrats**

|                      |  |
|----------------------|--|
| Herr Berthold Diegel |  |
| Herr Stefan Happel   |  |

**Ortsvorsteher**

|                        |  |
|------------------------|--|
| Herr Jürgen Gonnermann |  |
|------------------------|--|

**Beginn der Sitzung:****19:05 Uhr****Ende der Sitzung:****20:34 Uhr**

---

**Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:**

- |      |   |          |
|------|---|----------|
| 96.  | Magistratsbericht   | Seite 10 |
| 97.  | Beschluss über die Gültigkeit der Wahl des Bürgermeisters der Kreisstadt Eschwege   | Seite 12 |
| 98.  | Antrag der SPD- und Bündnis 90/Die Grünen-Stv.-Fraktion betr. Umbenennung der Straßen Dr.-Beuermann-Straße und Fritz-Neuenroth-Weg<br>Beschluss Nr. 84 der Stadtverordnetenversammlung vom 11.12.2008 und Nr. 74 vom 07.05.2015 - zuletzt erörtert im Hauptausschuss am 13.06.2013, 15.07.2014 und 14.07.2015<br>hier: Namensvorschläge für die Umbenennung des Fritz-Neuenroth-Weges | Seite 13 |
| 99.  | 179. Vergleichende Prüfung „Baumanagement/Bauprojektmanagement“   | Seite 17 |
| 100. | Verkauf des Grundstücks „Alte Brauerei/Cyriakusstraße 24-44“<br>hier: Aktuelle Planung der Arbeiterwohlfahrt Nordhessen zur Errichtung barrierefreier Wohnungen und Abschluss eines Kaufvertrages   | Seite 19 |

101. Bebauungsplan Nr. 148 „Alte Brauerei Cyriakusstraße“ (Änderung eines Teilbereichs des Bebauungsplanes Nr. 22); Abwägung der Stellungnahmen im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss Seite 21
102. Bebauungsplan Nr. 82.3 „Grundstücksneuordnung Forstgasse 11-13“ (3. Änderung eines Teilbereichs des Bebauungsplanes Nr. 82 S); Aufstellungsbeschluss und Abschluss eines städtebaulichen Vertrages Seite 21
103. Karlsturm  
hier: Auftragsvergabe Dachdeckerarbeiten und Zustimmung zur überplanmäßigen  
Aufwendung gem. § 100 HGO i. V. m. § 7 der Haushaltssatzung 2015 Seite 24
104. Antrag der Partei Die Linke betr. Bänke und Spielgeräte in den Einkaufsstraßen Seite 26
105. Anregungen Seite 28

- 11 -

Stv.-V. Montag:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, guten Abend. Ich begrüße Sie alle recht herzlich heute Abend zur 4. Sitzung im Jahr 2015 und zur 39. Sitzung in dieser Legislaturperiode der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege, hier in der Stadthalle.

Ich begrüße ganz herzlich natürlich Sie, und auch die Mitarbeiter aus dem Rathaus, die zuvor ein gemeinsames Essen hatten und jetzt als Höhepunkt möglicherweise die Stadtverordnetenversammlung besuchen. Wenn dem so sein sollte, ist das gedachte und gelebte Mitarbeit. Herzlich willkommen. Ich begrüße natürlich auch, wie immer, die Zuschauer und wünsche Ihnen mit uns einen schönen Abend. Ich begrüße die Pressevertreter der Werra-Rundschau und des Marktspiegels. Guten Abend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne nun die heutige Sitzung und stelle fest, dass zur Stadtverordnetenversammlung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Der Hinweis zur Amtlichen Bekanntmachung auf [www.eschwege.de](http://www.eschwege.de) mit der heutigen Tagesordnung erfolgte in der Werra-Rundschau am Samstag, dem 18.07.2015.“

**Stv.-V. Montag gibt die entschuldigt fehlenden bzw. später kommenden Stadtverordneten, Magistratsmitglieder und Ortsvorsteher bekannt.**

Stv.-V. Montag:

„Meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist Ihnen mit Ihren Unterlagen zugegangen. Gibt es Anträge zur Tagesordnung, oder gibt es Einsprüche oder noch Änderungswünsche?

Ich sehe zwei, Herr Wenderoth.“

Stv. Wenderoth:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf hier im Namen meiner Fraktion den Antrag stellen, den als Tagesordnungspunkt 10 vorgesehenen Antrag für die heutige Sitzung von der Tagesordnung zu nehmen. Ich nehme dabei Bezug auf § 11 Abs. 2 Satz 1 der Geschäftsordnung dieses Hauses, wonach nur Anträge zulässig sind, für deren Erledigung die Stadtverordnetenversammlung auch zuständig ist. Meine Fraktion sieht das nicht so. Sie sieht in dem Antrag, der sich mit einer Personalangelegenheit beschäftigt eine Zuständigkeit des Magistrates, ganz klar in § 73 HGO geregelt, und sieht darin auch nicht eine Zuständigkeit nach § 51 Abs. 5 HGO. Es handelt sich nämlich nicht um eine allgemeine Richtlinie, die wir hier beraten sollen, sondern um einen Einzelfall. Aus diesem Grund stellen wir, wie gesagt, den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung zu streichen. Vielen Dank.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön. Wird hierzu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall.“

**Bemerkung aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.**

Stv.-V. Montag:

„Herr Gassmann bitte.“

Stv. Gassmann:

„Dass der Antragsteller zu Wort kommt, das finde ich schon in Ordnung. Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Zuhörer. Hier wird wieder mal ein Antrag abgelehnt, weil er angeblich nicht zulässig sei. Mich erinnert das an ein Geschehnis vor ca. ziemlich genau vier Jahren, als die Linke den Antrag eingebracht hat, das Eschweger Freibad zu erhalten. Auch damals wurde argumentiert, die Stadtverordnetenversammlung sei nicht zuständig. Im Nachhinein hat sich aber für alle Fraktionen herausgestellt, das ist nicht so. Die Stadtverordnetenversammlung hätte da sehr wohl tätig werden können.

Zu unserem Antrag. Sie können mir glauben, ganz unbewandert bin ich nicht. Mir fehlen jetzt die Paragraphen, um darauf zu antworten, aber Sie können fest davon ausgehen, dass wir uns diesen Antrag und die Zulässigkeit dieses Antrages im Vorfeld ganz genau angesehen haben. Wir haben uns die Vorschriften, die Sie genannt haben aus der HGO und aus der Geschäftsordnung, sehr wohl angesehen. Und ich muss Ihnen erwidern, bei diesem Antrag geht es nicht darum, die Hoheit des Magistrates in Personalentscheidungen in irgendeiner Form zu tangieren. Darum geht es nicht. Wenn Sie den Antrag richtig lesen, wird in diesem Antrag lediglich eine Empfehlung, eine Anregung, gegeben, die sich eben nicht auf eine Bewerbung bezieht, eben nicht auf Personen bezieht, sondern sie bezieht sich lediglich auf die Art und Weise, wie ein Nachfolger für diese Stelle gesucht werden soll. Nur um die Art und Weise geht es. Ob die intern ausgeschrieben wird, extern ausgeschrieben wird, gar nicht ausgeschrieben, das ist die Frage.“

#### **Bemerkung aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.**

Stv.-V. Montag:

„Ich hätte es sowieso gleich gesagt, ich wollte Sie nur den Satz zu Ende reden lassen. Inhaltlich möchte ich dazu sagen, es hätte auch unter dem Punkt „Anregungen“ kommen können. Da hätten Sie etwas anregen können, solange wie Sie wollen, da hätte der hingehört. Aber als Antrag gehört er nicht hierher und ich würde jetzt bitten, dass Sie zum Schluss kommen, dass ich abstimmen kann.“

Stv. Gassmann:

„Ich will ja gar nicht auf den Antrag selber eingehen und bin damit nicht drauf eingegangen.“

Stv.-V. Montag:

„Doch, doch.“

Stv. Gassmann:

„Herr Vorsitzender, ich erwarte von dem Stadtverordnetenvorsteher, dass er bei der Frage, ob ein Antrag zulässig ist oder nicht zulässig ist, und auch bei der inhaltlichen Diskussion ein bisschen Zurückhaltung walten lässt.“

Stv.-V. Montag:

„Da möchte ich Ihnen gleich darauf antworten, Herr Stadtverordneter. Der Stadtverordnetenvorsteher hat rechtmäßig gehandelt, indem er nämlich Ihren Antrag auf die Tagesordnung genommen hat. Er kann und darf von Gesetz wegen gar nicht anders. Er muss ihn auf die Tagesordnung nehmen. Das habe ich gemacht. Und wenn jetzt ein Antrag kommt, dann geht es um die Zulassung, ob dieser Antrag

auf der Tagesordnung bleibt, oder ob er durch Abstimmung nicht mehr auf der Tagesordnung erscheint. Da berufe ich mich auf § 21 unserer Geschäftsordnung. Da kann nämlich die Stadtverordnetenversammlung zu jedem Zeitpunkt der Sitzung beschließen, die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte zu ändern, oder Tagesordnungspunkte abzusetzen, oder Tagesordnungspunkte zu teilen oder miteinander zu verbinden. Und lediglich um diese Sache geht es. Nicht mehr und nicht weniger. Inhaltlich hat das nichts damit zu tun. Sie können sagen, ich bin dagegen, dass das gemacht wird. Ich unternehme Schritte dagegen. Das ist alles in Ordnung. Aber nicht begründen, warum Sie hier den Antrag stellen, denn das ist Inhalt des Antrages, den Sie gestellt haben, und um das geht es nicht. Und wenn Sie nicht daran halten, dann lasse ich Ihnen das Mikrofon abschalten.“

Stv. Gassmann:

„Darauf würde ich es ankommen lassen, Herr Vorsitzender, darauf würde ich es ankommen lassen.“

Stv.-V. Montag:

„Gerne.“

Stv. Gassmann:

„Dann würde ich sehen, wie die Sache für Sie ausgeht. Ich erwarte von dem Stadtverordnetenvorsteher, dass er bei der Diskussion, ob der Antrag zulässig ist oder nicht, ein bisschen mehr Neutralität walten lässt.“

Stv.-V. Montag:

„Das hat er.“

Stv. Gassmann:

„Abstimmen müssen die Stadtverordneten, ob der Antrag zulässig ist, oder nicht. Abstimmen müssen die Stadtverordneten.“

Stv.-V. Montag:

„Nein. Die Stadtverordneten müssen nicht abstimmen, ob der Antrag zulässig ist. Er ist ja als zulässig auf die Tagesordnung gekommen. Sie müssen entscheiden, ob er von der Tagesordnung genommen werden soll, oder aber auf der Tagesordnung bleibt. Herr Gassmann, das sind die feinen Unterschiede. Sie können mir Vorwürfe machen, solange wie Sie wollen. Ich habe mich natürlich mit dem Thema im Vorfeld auch beschäftigt.“

Stv. Gassmann:

„Dann lassen Sie mich noch zur Sache etwas sagen. Nicht zum Thema, zum Thema sage ich nichts. Das gehört nicht hierher. Das gehört unter Tagesordnungspunkt 10, wenn ich mich nicht täusche. Aber zu der Aussage, der Antrag sei nicht zulässig und deswegen müsse er von der Tagesordnung genommen werden, dazu möchte ich rechtlich sehr wohl was sagen dürfen. Und dieser Antrag ist nach unserer festen Überzeugung zulässig. Bei dem Antrag geht es nur um eine Anregung. Es geht nicht um ein Eingreifen in irgendeine Personalentscheidung. Es geht nur um die Frage der Art und Weise und das als Anregung ist sehr wohl zulässig.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön.“

**Bemerkung aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.**

Stv. Gassmann:

„Wenn jetzt noch das Wort gewünscht wird, das letzte Wort hat der Antragsteller.“

Stv.-V. Montag:

„Herr Gassmann ich muss mich von Ihnen hier nicht belehren lassen, dass der Antragsteller das letzte Wort hat. Natürlich hat er das. Zum Schluss habe ich das. Das ist einfach so. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Doch. Herr Schneider bitte. Dann hat Herr Gassmann noch mal das letzte Wort. Dankeschön Herr Schneider.“

Stv. S. Schneider:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, wir teilen die Rechtsauffassung der SPD. Wir haben das für uns auch prüfen lassen und Herr Gassmann, was Sie versuchen ist mit Wortklauberei, mit einer, wie Sie vielleicht meinen, besonders geschickten Formulierung etwas darzustellen, was nachher dann doch in die Rechte des Magistrates eingreift. Also jeder Jurist, der sich das bis jetzt angeguckt hat, bis zu Juristen auf Landesebene, wie wir es mal in der Mittagspause gemacht haben, haben gesagt, das ist unzulässig und von daher denke ich mal, sollten Sie dann auch Ihren Frieden damit machen.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Schneider. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Gassmann Sie haben das Wort. Es gibt nichts hinzuzufügen?

Dann darf ich zur Abstimmung kommen.

Den § 21 Abs. 1 habe ich Ihnen eben bekannt gegeben. Wer für den Antrag der SPD-Fraktion ist, den Tagesordnungspunkt 10 von der Tagesordnung zu nehmen, bitte ich um das Handzeichen.“

**Beschluss:**

TOP 10 wird von der Tagesordnung genommen.

**Mit 28 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung beschlossen.**

Stv.-V. Montag:

„Wir sind weiter bei der Tagesordnung. Frau Schneider hat sich noch zu Wort gemeldet zur Tagesordnung. Bitteschön, Sie haben das Wort.“



Stv. K. Schneider:

„Dankeschön. Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr verehrte Damen und Herren. Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 5, die „Berichterstattung über Aktivitäten und Vernetzung der Flüchtlingshilfe in der Kreisstadt – Erörterung im Ausschuss für Soziales und Kultur vom 13.07.2015“, von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, da das Protokoll dieser Sitzung noch nicht vorliegt. Dieses Protokoll ist aber nötig, da es eventuell als Grundlage für weitere Beratungen dienen könnte. Der Fraktion ist dieses Thema außerordentlich wichtig und sie bittet aus dem genannten Grund, diesen Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetensitzung zu setzen. Ich bedanke mich.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mit dem Stadtverordneten Fiegenbaum, er ist der Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Kultur, im Vorfeld Rücksprache genommen. Er sieht das genauso. Er hat das Protokoll auch noch nicht vorliegen. Gibt es weitere Wortmeldungen?“

**Bemerkung aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.**

Stv.-V. Montag:

„Nein, das ist 5 jetzt. Wir stimmen jetzt erst mal über 5 ab. Dann sehen wir weiter, wie wir vorgehen.

Wer dem Antrag der SPD-Fraktion folgen möchte, bitte ich um das Handzeichen.“

**Beschluss:**

TOP 5 wird von der Tagesordnung genommen.

**Mit 29 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung beschlossen.**

Stv.-V. Montag:

„Gibt es weitere Änderungswünsche? Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass jetzt die Punkte 5 und 10 nicht mehr auf der Tagesordnung sind. Punkt 5 neu ist jetzt „Verkauf des Grundstückes Alte Brauerei“ und Punkt 10 ist jetzt „Anregungen“. Haben Sie das so notiert?

Dann komme ich zur Abstimmung über die neue Tagesordnung. Wer dieser Tagesordnung zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen.

**Beschluss:**

Der Tagesordnung wird in der vorliegenden geänderten Form zugestimmt.

**Einstimmig beschlossen.**

Stv.-V. Montag:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen nun über die Protokolle vom Mai und Juni abstimmen. Beide Protokolle liegen Ihnen vor. Sie konnten Kenntnis davon nehmen. Sie konnten Sie lesen. Wer den beiden Protokollen zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen.“

**Beschluss:**

Die Stv.-Protokolle vom 07.05.2015 und 18.06.2015 werden genehmigt.

**Einstimmig beschlossen.**

**Stv.-V. Montag gratuliert den Mandatsträgern/-innen, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.**

**Zwei Mandatsträger/-innen erhalten zu ihren runden Geburtstagen jeweils ein Präsent.**

Stv.-V. Montag:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir können nun in die Tagesordnung für den heutigen Abend eintreten. Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 1 „Magistratsbericht“. Das Wort hat Herr Bürgermeister Heppe.“

## **96. MAGISTRATSBERICHT**

**- 11/4 -**

---

Bgm. Heppe:

„Das ist ja ein Mikrofonwald. Das ist ja wie bei der Bundespressekonferenz hier. Schön.

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats, sehr geehrte Vertreter der Presse, verehrte Gäste!

### **1. Berichtspflicht des Magistrats gegenüber der Stadtverordnetenversammlung**

Bezüglich der Berichtspflicht des Magistrates gegenüber der Stadtverordnetenversammlung ist folgender Punkt zu nennen:

**Antrag der SPD- und Grünen-Stadtverordneten-Fraktion betreffend gewässerökologische Restaurierung des Werratalsees, Antrag aus der Stv.-Versammlung vom März diesen Jahres, Beschluss-Nr. 68**

Auf Grundlage der Beschlüsse von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung hat sich die Expertenrunde Werratalsee – zunächst bestehend aus Herrn Prof. Dr. Ulrich Braukmann, Witzhausen, Frau Dr. Nicole Nolte, Eschwege und Herrn Dr. habil. Klaus-Dieter Wolter aus Wiesbaden – am 07.03.2015 in ihrer ersten Sitzung getroffen. Es bestand Einigkeit, dass Herr Gründel vom Hess. LUG in diese Runde mit aufgenommen werden soll.

Die Zusammenfassung der von Herrn Schuller durchgeführten Untersuchungen zur Wasserqualität des Werratalsees sowie die Machbarkeitsstudie zur Wasserspiegelanhebung und die im Rah-

men der Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens erarbeiteten Gutachten wurden zwischenzeitlich ins Internet eingestellt.

Die Experten haben sich inzwischen mehrfach ausgetauscht und in einem Zwischentermin Politik und Verwaltung ihre Herangehensweise erläutert. Ein vorläufiger Abschlussbericht wird erarbeitet. Dieser wird in einer gemeinsamen Sitzung der Eschweger und Meinharder Gremien vorgestellt werden. Der Termin wird von der Gemeinde Meinhard derzeit organisiert.

2) **Gewährung einer kommunalen Zuwendung aus dem interkommunalen Förderprogramm „Bauen im Bestand“ der kommunalen Arbeitsgemeinschaft „Mittleres Werratal“**

Über das Anreizprogramm „Bauen im Bestand“ soll Privateigentümern von Gebäuden und Grundstücken innerhalb des Stadtumbaugebietes Gelegenheit gegeben werden, für Sanierungs- oder Umbauarbeiten in begrenztem Rahmen Zuschüsse über den Stadtumbau zu erhalten.

Ich nenne jetzt die Objekte.

• **Dünzebacher Straße 2b**

Bei dem angesprochenen Objekt handelt es sich um das ehemalige Verwaltungsgebäude der Tuchfabrik am süd-ostwärtigen Eingang zur Altstadt – einen spektakulären Klinkerbau.

Da das Gebäude über mehrere Jahre leer stand, ist ein entsprechender Sanierungstau zu verzeichnen. Das Gebäude wird zu Wohnzwecken saniert und um- und ausgebaut.

Insgesamt entstehen in dem Gebäude 6 Wohneinheiten auf insgesamt 677 m<sup>2</sup> Wohnfläche.

Hier konnten wir die Maximalförderung von 20.000 € gewähren.

Nächstes Objekt:

• **Forstgasse 9**

Beim dem angesprochenen Objekt handelt es sich um eines der Fachwerkgebäude in geschlossener, traufständiger Bauweise in der Forstgasse. Das dreigeschossige Gebäude beherbergt im EG zwei Geschäftseinheiten. Eine davon ist der Pizzadienst, die andere war ehemals Schmuckladen, derzeit Leerstand. Im ersten und zweiten OG und dem ausgebauten DG befinden sich Wohnungen.

Im rückwärtigen Grundstücksteil befindet sich ein kleines Scheunengebäude, derzeit ein Leerstand. Die verbleibende Freifläche dient Abstellzwecken.

Das Gebäude soll eine Fassadendämmung mit Verputz erhalten. Dadurch entstehen auch im Dachbereich Angleichungsarbeiten sowie die Notwendigkeit einer neuen Regenentwässerung. Die Schaufenster sowie die Eingangstüren, insgesamt das Erdgeschoss, sollen dann umgestaltet werden. Dort sollen dann im Inneren Sanierungsarbeiten an sämtlichen Gewerken durchgeführt werden. Und danach hat man dann im Erdgeschoss eine deutlich größere einheitliche Gewerbeeinheit.

Dort konnten wir einen Förderbetrag von 11.633,40 € gewähren.

Wir sehen also, und wir kommen ja auch später noch dazu, in der Forstgasse tut sich derzeit einiges, was wir insgesamt städtebaulich sehr begrüßen.

### 3. Auftragsvergaben

Im Berichtszeitraum hat der Magistrat Aufträge mit einem Gesamtauftragsvolumen in Höhe von **1.300.859,06 €** vergeben, die ich nun nachfolgend im Einzelnen nenne:

- |  |                       |
|--|-----------------------|
| • Umgestaltung des Angervorplatzes, 2. BA.<br>im Stadtteil Niederhone  | 24.327,38 €           |
| • Dachdeckerarbeiten am Karlsturm<br>(vorbehaltlich der heutigen Zustimmung zur<br>überplanmäßigen Aufwendung) | 53.773,72 €           |
| • Kanalsanierungsarbeiten an der Misch-<br>wasserleitung im Stadtteil Oberdünz bach                            | 307.367,96 €          |
| • Erdarbeiten und Einlaufbauwerke für den<br>Hochwasserschutz im Stadtteil Albungen                            | <u>915.390,00 €</u>   |
|  | <b>1.300.859,06 €</b> |

Das war's. Dankeschön.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Bürgermeister. Wird zum Magistratsbericht das Wort gewünscht?“

**Keine Wortmeldungen.**

## **97. BESCHLUSS ÜBER DIE GÜLTIGKEIT DER WAHL DES BÜRGERMEISTERS DER KREISSTADT ESCHWEGE**

**- 11 -**

---

StK. Brill:

„Der Bürgermeister kann ruhig hier bleiben.

Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren, nach dem Hessischen Kommunalwahlgesetz muss die Vertretungskörperschaft, also in dem Fall Sie, die Stadtverordnetenversammlung, über Einsprüche und über die Gültigkeit der Bürgermeisterwahl beschließen. Einsprüche, darf ich Ihnen mitteilen, und haben Sie der Vorlage entnehmen können, sind nicht erhoben worden. Es gibt auch keine Gründe, die dem festgestellten endgültigen Wahlergebnis widersprechen. Deswegen bitten wir Sie, dem Beschlussvorschlag so zuzustimmen.“

**Keine Wortmeldungen.**

**Beschluss:**

Die Wahl des Bürgermeisters der Kreisstadt Eschwege am 7. Juni 2015, mit der Herr Alexander Heppe mit Wirkung vom 01.12.2015 für die Dauer von sechs Jahren zum Bürgermeister gewählt wurde, wird für gültig erklärt.

**Einstimmig beschlossen.**

**98. ANTRAG DER SPD- UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-STV.-FRAKTION BETR. UMBENENNUNG DER STRASSEN DR.-BEUERMANN-STRASSE UND FRITZ-NEUENROTH-WEG  
BESCHLUSS NR. 84 DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG VOM 11.12.2008 UND NR. 74 VOM 07.05.2015 - ZULETZT ERÖRTERT IM HAUPTAUSSCHUSS AM 13.06.2013, 15.07.2014, 27.11.2014 UND 14.07.2015  
HIER: NAMENSVORSCHLÄGE FÜR DIE UMBENENNUNG DES FRITZ-NEUENROTH-WEGES  
- 11/13/41/31 -**

---

Stv.-V. Montag (als Vorsitzender des Hauptausschusses):

„Ich darf Ihnen Folgendes aus dem Hauptausschuss vortragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem jetzt anstehenden Tagesordnungspunkt wollen wir einen Schlusstrich unter einen Antrag ziehen, der uns über viele Jahre hinweg beschäftigt hat, aber in Eschwege auch eine geschichtliche Aufarbeitung der NS-Zeit in unserer Heimatstadt ausgelöst hat. Wir sind mit der Veröffentlichung des Buches von Prof. Dr. Winfried Speitkamp „Eschwege – Eine Stadt und der Nationalsozialismus“ einen nicht immer leichten Weg gegangen, stehen aber jetzt bundesweit in der Reihe der Städte ganz vorn, die sich auf den Weg gemacht haben, dieses dunkle Kapitel zu erforschen. Heute geht es um die neue Namensgebung für den Fritz-Neuenroth-Weg. Wie Sie alle wissen, hat die Stadtverordnetenversammlung in der letzten Sitzung beschlossen, dass die neue Namensgebung im Hauptausschuss beraten werden soll. Diese Sitzung des Hauptausschusses fand, wie ich eben schon erwähnt habe, am 14.07.2015 statt. Es gab mehrere Vorschläge, die aus der Ihnen vorliegenden Vorlage hervorgehen. Im Ausschuss war man sich aber einig, dass ein Vorschlag gefunden werden sollte, der die Partnerschaft mit unserer Partnerstadt Saint-Mandé hervorhebt. Wie Sie alle wissen, gibt es in Eschwege die Regener Hütte und die Mühlhäuser Straße.

Für die Anwohner werden von der Stadtverwaltung folgende Leistungen von Amts wegen übernommen. Und zwar:

- Personalausweis/Kinderausweis umschreiben,
- Kfz-Schein umschreiben,
- Grundbesitzabgaben,
- Bibliotheksausweis umschreiben,
- Stadtwerke Eschwege – Strom-Adresse umschreiben,
- Deutsche Post,
- Grundbuchamt Eschwege,
- Finanzamt Eschwege-Witzenhausen und
- Bundesanstalt für Arbeit – Außenstelle Eschwege

Folgende Ummeldungen müssen die Betroffenen in eigener Verantwortung übernehmen, und zwar.

- Geschäftspartner, Verwandte und Freunde benachrichtigen,
- Schule, Kindergarten benachrichtigen,
- Mitteilung an Banken, Versicherungen, Bausparkassen, Krankenversicherung,
- Wartungsverträge,
- Vereinsmitgliedschaften,
- Zeitungen-/Zeitschriftenabonnements,
- Theater- und Konzertabonnements,
- Deutsche Telekom, Mobilfunkdienste,
- Kabelanschluss und
- GEZ

Anzumerken ist hierbei, dass es sich bei den von der Namensgebung Betroffenen lediglich um eine geringe Personengruppe handelt. Dies sind die Kindertagesstätte, die Jugendherberge sowie das Fitness-Studio.

Meine Damen und Herren, nach eingehenden Diskussionen entschied sich der Hauptausschuss, Ihnen bei einer Stimm-Enthaltung, also einstimmig, den Namen „Jardin-de-Saint-Mandé“ vorzuschlagen. Soweit mein Bericht als Vorsitzender des Hauptausschusses. Gibt es Wortmeldungen?

Herr Hölzel war zuerst, dann Herr Fiegenbaum, Herr Hamp und Frau Strauß.“

#### Stv. Hölzel:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, ursprünglich war der unsrige Favorit, der von der FWG, das Gebiet, die Straße „Am Schwanenteich“ zu benennen. Das macht Sinn, dachten wir. Der Schwanenteich ist vor Ort und wenn man gesagt hatte als Eschweger, wir fahren zum Schwanenteich, wusste jeder, wo das ist. Die Städtepartnerschaft in das Gespräch zu bringen, mit Saint-Mandé, in einem Straßennamen zu berücksichtigen, findet bei uns die Zustimmung. Wir fanden das auch klasse. Aber, und das aber möchte ich kurz erläutern, mit dem „Jardin-de-Saint-Mandé“ hatten wir schon ein Problem. Denn Jardin heißt nun bekanntlich, dass wissen wir alle, Garten, und dieses Parkähnliche am Schwanenteich Garten zu nennen, war für uns nicht ganz nachvollziehbar und vielleicht sogar ein bisschen dick aufgetragen. Wenn man an Garten denkt, denkt man in Eschweger an den Sophiengarten, der seinem Namen aller Ehre wert ist. Oder den Botanischen Garten. Auch dieser. Aber das ist hier, glaube ich, ehrlich gesagt nicht der Fall. Aber wir hatten deswegen gedacht, um die Städtepartnerschaft zu würdigen, nennen wir das Ganze „Saint-Mandé-Weg“ und das wäre unsererseits der richtige Name. Wir hatten uns fraktionsintern gegen eine KampfAbstimmung über den Namen entschieden, den wir jetzt hier in der Stadtverordnetenversammlung beschließen wollen. Und dadurch, dass die Beschlussvorlage dahin geht, dass wir das Ganze „Jardin-de-Saint-Mandé“ nennen, werden Sie unsere Zustimmung diesbezüglich bekommen. Danke Ihnen.“

#### Stv. Fiegenbaum:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Vorsteher, liebe Gäste, gut Ding will Weile haben. Nach fast sieben Jahren ist es nun soweit mit der von uns beantragten Umbenennung des Fritz-Neuenroth-Weges. Ich erinnere mich noch an den VHS-Vortrag von Gerd Strauß und die Aufbruchsstimmung danach. Nach diesem Vortrag und der Aufbruchsstimmung, die ich da erlebt, habe, habe ich mich hingeworfen und den Antrag geschrieben, den Herrn Dietrich dann hier vorgetragen und sehr eindrucksvoll kommentiert hat. Sie erinnern sich vielleicht. Von dieser Stelle zunächst mal herzlichen Dank an alle, die sich für den heutigen Beschluss eingesetzt haben. Und da denke ich auch ganz besonders an den genannten VHS-Vortrag. Dass es so viele gute Vorschläge gab, das ist sicherlich auch ein gutes Zeichen. Die Benennung nach einem Opfer des NS-Regimes hätten wir auch gerne unterstützt. Klar, warum auch nicht. Aber auch die Franzosen waren ja Opfer des Überfalls durch die Wehrmacht und die Deutsch-Französische Freundschaft verdient auch in Eschweger ihren Platz, ihre Straße oder ihren Garten. So lasst uns denn nun aus dem Weg einen Garten machen. Mit vielen bunten Sträuchern, mit Blumen, mit einem schönen neuen Schild „Jardin-de-Saint-Mandé“. Danke.“

#### Stv. Hamp:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, liebe Gäste, das Haus hat entschieden, den Namen „Fritz-Neuenroth-Weg“ nicht länger bestehen zu lassen. Der Beschluss war einstimmig. Zu meiner eigenen Entscheidung hierzu sage ich noch das ein oder andere. Die zutreffenden Gründe hierfür, die sind offen und vielschichtig diskutiert, gründlich erörtert und brauchen wir an dieser Stelle nicht mehr zu vertiefen. By the way, wie der Engländer sagt, wir von der CDU-Fraktion hatten ja mal gemahnt, wie gefährlich es sein kann, wenn man zur Ehrung Straßennamen nimmt, noch dazu mit der Voraussetzung, ein Mensch muss sein ganzes Leben völlig untadelig gelebt haben. Wer kann das schon. Gut, der

Platz um den es hier geht, Bedarf neuer Benennung. Der Hauptausschuss hat das vorbereitet, in mehreren Sitzungen, zuletzt am 14. dieses Monats, und, das hat mir besonders gefallen, der Ausschuss hat nicht nur intern unter sich getagt, sondern Anlieger waren da, Bürger waren da. Die Sitzung wurde unterbrochen, ganz formal, damit auch die Stimmen der Bürger, der Betroffenen, der Eschweger auch zum Tragen kommen konnten. Die Vorschläge, die dort eingebracht wurden, waren durchaus für die anschließende Diskussion mehr als befruchtend. Am Ende konnte nur ein Name übrig bleiben, ich will nicht sagen gewinnen. Weil in dieser Vorentscheidung und in der heutigen Entscheidung wird es keine Verlierer geben, nicht geben dürfen. Die ganzen Vorschläge, die wir uns angehört haben, sind jeder für sich wert, einen Platz zu schmücken, ein Gedenken zu tragen, und wenn, aus welchem Grund auch immer, wir irgendwann wieder vor der Frage stehen, wir müssen eine Straße neu benennen oder, aus welchen Gründen auch immer, umbenennen, sollten wir uns an diese Vorschläge erinnern und sie dann wieder erörtern. Es wäre schade, wenn das vergessen wird. Warum schlägt der Hauptausschuss diesen Namen vor?

Ich mäkel ungern, aber da fehlt der accent aigu, über den wir schon gesprochen haben.

Und ich beende die Spannung jetzt mal für meine Fraktion. Wir schließen uns dem an. Wir feiern 25 Jahre Verbindung zweier Städte, Verbindung der Menschen zweier Städte, Verbindung in Freundschaft. Und erinnern wir uns an den Jahresbeginn, an die schrecklichen Taten, nicht nur vor der Haustür, sondern innerhalb der Haustür auch, unserer befreundeten Stadt Saint-Mandé, geschah dieser Anschlag. Und nicht zuletzt deswegen haben wir unsere besondere Beziehung unserer Verbindung zu unseren Freunden bekräftigt. Und so wollen wir es auch heute erneuern, ein sichtbares, ein dauerhaftes Zeichen unserer Verbindung setzen, ein besonderes Geschenk machen, einen Platz, einen Weg nach ihnen zu benennen. Und wer war nicht von uns schon mal unten an der Petanque-Bahn, also das ist kein Boule-Platz, das ist eine Petanque-Bahn, da steht schon ein Schild und das brauchen wir eigentlich nur aufzugreifen. Es steht der Gegend, der Örtlichkeit doch gut an, wenn man es Garten, wenn man es Jardin nennt. Es ist ein Geschenk an unserer französischen Freunde und die sollen das wiedererkennen, die sollen das aus ihrem Sprachgebrauch erkennen, die sollen es so aufnehmen, wie sie es zu Hause auch hätten. Da ist es so, dass man korrekterweise erst den Weg, die Stelle, den Garten nennt, dann den Ort oder die Herkunft und verknüpft wird das mit der sogenannten identification. Es gibt reichlich Beispiele, wir wollen uns ja durchaus nicht in eine Reihe stellen, mit dem Jardin de Luxembourg oder mit dem Jardin de Plantes oder mit dem Jardin de Tuileries, non monsieur dames, das wollen wir nicht. Aber wir nennen ihn mit einem gewissen Stolz, und dazu rufe ich Sie auf, mit accent de gue, „Jardin-de-Saint-Mandé“, und widmen ihn als Geschenk unseren Freunden. Und weil es ein Geschenk war, bin ich auch mit vollem Herzen mit meiner Stimme dabei.

Mit Ihrer Erlaubnis, ein paar Takte privat? Als einfacher kleiner Stadtverordneter, hätte ich fast gesagt. Ich bin gegen die Umbenennung von Straßen. Ich bin dagegen, so wie es jetzt diskutiert wird. Und diese Haltung hatte ich, als ich auch neu in dieses Haus kam, und die ehemalige Dr.-Beuermann-Straße umbenannt werden sollte. Lassen Sie mich ein bisschen meine Beweggründe da ausführen. Ich halte es für falsch, ich halte es für, gelinde gesagt, unangemessen, und ich kann es überhaupt nicht nachvollziehen, warum nach dem Krieg solche Namen ehrenhalber auf Straßenschilder kamen. Ich kann es nicht verstehen. Ich halte es umso weniger für nachvollziehbar, und umso weniger für zu verstehen, als die Leute dies entschieden, die damals die Verantwortung trugen und darüber entschieden haben, das waren doch Zeit-, ja Augenzeugen. Die wussten doch, was die Leute gemacht haben. Die wussten doch, dass sie Schuld auf sich geladen hatten. Das brauchen wir doch gar nicht zu vertiefen. Aber ich kann nicht mitgehen, wenn alle diese Fehler, wenn das Wort Fehler überhaupt passt, in seinem Gewicht, wenn die jetzt behoben, ausradiert oder, ein Schüler würde sagen, verbessert werden. Ich sage Ihnen, ja, diese Straßennamen sind falsch. Ich sage Ihnen, ja, das ist eine Schande. Aber diese Schande ist Teil unserer Geschichte. Gerade deswegen, weil es unsere Geschichte ist, sollten wir die Benennungen nicht ändern. Aber wir sollten, nein wir müssen, erläutern, was sich hinter diesen Namen verbirgt. Wir sollten auch keine Scheu haben, zu sagen, wie es dazu kommt, und wir sollten auch keine Scheu haben, zu sagen, dass wir da heute nicht mit einverstanden sind. Und gerade das, und so verstehe ich Prof. Dr. Speitkamp in seiner Schlussfolgerung, scheint auch die Lösung zu sein, die er präferiert. Er sagt, stellt euch eurer Vergangenheit, steht zu ihr, aber erklärt oder versucht zumindest zu erklären, wie es dazu kommen konnte und sagt ganz klar, was Ihr heute davon haltet. Ich bin ein wenig dankbar, dass ich mit meiner Auffassung, mit meinen Gedanken, da nicht ganz allein bin. Denn

bedenken Sie eins, wir müssen mit unserer Geschichte leben. Geschichte ist der Platz, wo wir herkommen. Nur wenn wir wissen wo wir herkommen, wissen wir, wo wir hin wollen. Wie sollen wir uns sonst orientieren.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Hamp. Der Stadtverordnete Gassmann hat mich noch mal gebeten, darauf hinzuweisen, die Verwaltung und auch andere, wenn denn ein neues Straßenschild angeschafft wird, das mit einem accent über dem „e“ von Saint-Mandé zu schreiben. Hier ist es noch falsch. Aber das wird noch gemacht. Bei mir macht das, ich habe es einmal eingegeben, mein Rechner automatisch. Ich habe es also richtig hier aufgeschrieben. Kein Problem. Das kann man machen. Jetzt hat sich Frau Strauß zu Wort gemeldet. Bitteschön.“

Stv. Strauß:

„Herr Kollege Hamp, ich muss mich von Ihren Ausführungen in Vielem sehr distanzieren und kann das auch nicht nachvollziehen, dass Sie heute nach so langer Zeit immer noch so eine Haltung haben. Tut mir leid.“

**Bemerkung aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.**

Stv. Strauß:

„Sie dürfen gleich noch einmal kommen. Aber jetzt bin ich dran, ja. Bedeutsam ist es, zu erwähnen, dass während der Hauptausschusssitzung einige Straßennamen, der Herr Vorsteher hat es eben schon angesprochen, Straßennamen von Bürgerinnen und Bürgern erwähnt wurden oder in die Diskussion eingebracht wurden, wo die Bürger sehr genau recherchiert haben über die Personen, denen sie eigentlich die Würdigung dieser Straße zu teil werden lassen wollten. Und deshalb finde ich es gut, wenn wir diese Namen auch tatsächlich, es sind also nicht nur Opfer, es sind auch andere Menschen, die hier zu Berühmtheiten geworden sind, dass man diese Namen wirklich im Hinterkopf behält und sobald eine Würdigung mit einem Namen vorzunehmen ist, dass diese dann auch aus der Schublade geholt werden und angewendet werden. Diese Namen verbindet man auch sehr gut unter Umständen in die nächste Generation, wenn Schüler Projekte entwickeln wollen, die unsere Geschichte ja unmittelbar nachweisen, was das für Menschen waren. Und ich finde das sehr gut, wenn man da auch in die nächste Generation etwas hineinträgt, wo man eben anhand von Straßennamen und Persönlichkeiten, und da bin ich auch nicht Ihrer Meinung, dass man das streichen sollte, dass man da eben auch Geschichte betreibt und deshalb möchte ich gerne bitten, dass die Namen unbedingt auch festgehalten werden und wir haben sie ja auch im Protokoll, dass die dann immer wieder aufgenommen werden, wenn wir einen Namen suchen. Danke.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Frau Strauß.

Herr Hamp, ich habe das nicht als Beleidigung oder beleidigend aufgefasst, sondern man kann und darf doch anderer Meinung sein. Deswegen sitzen wir ja hier, dass jemand anderer Meinung sein kann und wir unsere Argumente austauschen. Sie haben das Wort. Bitteschön.“



Stv. Hamp:

„Frau Strauß, eins vorneweg. Und wenn ich Ihre Meinung zutiefst verabscheuen würde, bekäme es jeder mit mir zu tun, der Ihnen das Recht streitig macht, sie zu äußern. Das ist ja wohl ganz klar. Aber offensichtlich haben Sie nicht zugehört. Mich hat der Satz eben gestört: Aber Sie haben ja immer noch Ihre Haltung nicht verändert. Welche Haltung denn?“

**Bemerkung aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.**

Stv. Hamp:

„Das ist keine Haltung, das ist eine Entscheidung gewesen. Ich habe Ihnen gesagt warum. Sie haben mit Ihrer Äußerung mich in eine Ecke gedrängt, wo ich nicht hingehöre. Wo ich auch nicht bin. Wo ich mich auch nicht wohlfühle. Wo sich niemand wohlfühlt. Im Gegenteil, ich habe gesagt, das ist falsch und eine Schande. Und ich soll ruhig bleiben? Dies soll uns auch in Zukunft noch wehtun und uns immer daran erinnern, was hier für Schlechtigkeiten, für Verbrechen, für Unrecht geschehen ist. Und wenn Sie mich dafür schelten, dass ich so eine Auffassung habe, dann trage ich das mit Stolz.“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

**Beschluss:**

Der „Fritz-Neuenroth-Weg“ wird in „Jardin-de-Saint-Mandé“ umbenannt.

**Einstimmig beschlossen.**

**99. 179. VERGLEICHENDE PRÜFUNG „BAUMANAGEMENT/BAUPROJEKTMANAGEMENT“  
- 11/4/08/2 -**

---

Bgm. Heppe:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, das Baumanagement und das Bauprojektmanagement der Kreisstadt Eschwege war Gegenstand einer vergleichenden Prüfung und zwar der 179. Vergleichenden Prüfung des Hessischen Rechnungshofes. Wir haben nun das Ergebnis, den Abschlussbericht erhalten. Der ist am 22. Juni bei uns eingegangen und wir haben ihn den Fraktionen weitergeleitet. Inhaltlich befassen wir uns derzeit in der Verwaltung damit. Teilweise haben wir die darin enthaltenen Empfehlungen schon umgesetzt. Andere werden derzeit noch vorbereitet und es ist beabsichtigt, dann einen vollständigen Bericht darüber, wie wir die einzelnen Empfehlungen abgearbeitet haben, bis zum Dezember dann an den Präsidenten des Hessischen Rechnungshofes zuzuleiten. Vorher werden wir die Sache dann nochmal im Detail im Bau- und Planungsausschuss berichten. Heute geht es darum, dass wir den Schlussbericht, so wie es gemäß des Gesetzes über die überörtlichen Prüfungen vorgesehen ist, hier bekannt machen. Dankeschön.“

Stv. Feiertag:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, wir haben das bei uns in der Fraktion beraten, das Papier zum Teil auch, in der Kürze der Zeit ist das eigentlich gar nicht in Gänze möglich, zumindest mal grob

überblättert und durchgearbeitet. Wir möchten den Antrag stellen, dass wir das, bevor wir hier einen Beschluss fassen, auch nur zur Kenntnisnahme, im Bau- und Planungsausschuss und im Finanzausschuss uns noch einmal vornehmen und diskutieren.

Ich will Ihnen das kurz begründen. Bei der groben Durchsicht sind uns Sachverhalte aufgestoßen, die in dem Bericht vorkommen. Ich will Ihnen drei Beispiele nennen. Da wird zum Beispiel von fehlender Folgekostenberechnung bei vielen Bauprojekten geredet. Da wird dann auch davon geredet, dass im Vergleich mit anderen Städten von fehlender Effizienz bei der Mittelverwaltung, es ist ja auch ein Vorwurf eigentlich schon, fehlender Effizienz bei der Mittelvergabe und beim Mitteleinsatz, die Rede ist. Das muss schon nach unserer Auffassung geklärt werden. Drittens ist in dem Papier, wie gesagt, wir habe es ja erstmal nur grob durcharbeiten können, in der Kürze der Zeit, davon geredet, dass auch die Stadtverordnetenversammlung bei vielen Bauvorhaben eigentlich zu wenig informiert worden sei. Wir hätten oft auf der Grundlage von Planvorentwürfen entschieden und der Ratschlag ergeht an uns Stadtverordnete auch und natürlich an die Verwaltung, demnächst nach vertiefenden Planungen unserer Entscheidungen zu treffen, weil nur dann sind auch letztlich die Kosten absehbar. Wie gesagt, ich denke nach grober Durchsicht ist diese vergleichende Untersuchung tiefer zu würdigen und durchzuarbeiten und das wollen wir gerne im Finanzausschuss und im Bau- und Planungsausschuss tun und in diesem Sinne würden wir das gerne jetzt hier überweisen. Danke.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Feiertag. Wird weiter das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Der Bürgermeister hat ja schon gesagt, dass es in den Bau- und Planungsausschuss soll. Dann müssten wir nur noch beschließen, zusätzlich in den Finanzausschuss.“

### **Bemerkung aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.**

Stv.-V. Montag:

„Also nicht das Ergebnis soll beraten werden, was die Verwaltung jetzt festgestellt hat, wovon er gesprochen hat, sondern das Papier zunächst?“

Bgm. Heppe:

„Noch einmal zur Verdeutlichung. Es ist tatsächlich ein sehr umfangreiches Papier, wir arbeiten das gerade innerhalb der Verwaltung durch und müssen einen Schlussbericht für den Rechnungshof erstellen. All das, was wir dort entsprechend dann durcharbeiten, jeden einzelnen Punkt, möchten wir im Vorfeld gemeinsam mit dem Ausschuss entsprechend dann auch beraten. Und so habe ich das eben eigentlich auch gesagt.“

Stv.-V. Montag:

„Also auch den Schlussbericht. Er wird nicht nur verwaltungsseitig erstellt, sondern der wird im Bau- und Planungsausschuss und eventuell im Finanzausschuss, wenn wir das abgestimmt haben, dann beraten werden.“

Stv. Feiertag:

„Wenn wir die Kenntnisnahme beschließen ist es aus dem Geschäftsgang raus und das möchten wir nicht.“

Stv.-V. Montag:

„Es sollte ja ein Überweisungsbeschluss werden. So habe ich das verstanden.“

Stv. Feiertag:

„Genau, eine Überweisung. Dann sind wir damit einverstanden.“

Stv.-V. Montag:

„Ich habe das als Beschluss „Überweisung in die beiden Ausschüsse“ verstanden, wobei der Bürgermeister ja schon den Bau- und Planungsausschuss genannt hatte. Das war meine Richtung, das können wir für beide Ausschüsse beschließen. Dann soll der Beschlussvorschlag jetzt lauten:

1. Kenntnisaufnahme von der Bekanntmachung des Schlussberichts gemäß § 6 Abs. 1 Satz 4 ÜPKKG.

**zusätzlich neu:**

2. Die 179. Vergleichende Prüfung Baumanagement/Bauprojektmanagement wird zur weiteren Beratung in den Bau- und Planungsausschuss und den Finanzausschuss überwiesen.“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

**Beschluss:**

1. Kenntnisaufnahme von der Bekanntmachung des Schlussberichts gemäß § 6 Abs. 1 Satz 4 ÜPKKG.

2. Die 179. Vergleichende Prüfung Baumanagement/Bauprojektmanagement wird zur weiteren Beratung in den Bau- und Planungsausschuss und den Finanzausschuss überwiesen.

**Einstimmig beschlossen.**

**100. VERKAUF DES GRUNDSTÜCKS „ALTE BRAUEREI/CYRIAKUSSTRASSE 24-44“  
HIER: AKTUELLE PLANUNG DER ARBEITERWOHLFAHRT NORDHESSEN ZUR  
ERRICHTUNG BARRIEREFREIER WOHNUNGEN UND ABSCHLUSS EINES  
KAUFVERTRAGES**

**- 4 -**

---

Stv.-V. Montag:

„Hierzu möchte ich eine Anmerkung machen. Ich hatte es im Bau- und Planungsausschuss schon angekündigt, dass ich gerne die Tagesordnungspunkte 5 und 6 zusammenfassen würde, dass zunächst vorgetragen wird, dass zusammen beraten werden kann, weil es geht ja um die gleiche Sache und dass wir die dann einzeln abstimmen. Gibt es dagegen Widerspruch?“

**Beschluss:**

Die TOP 5 und 6 werden zusammengefasst.

**Einstimmig beschlossen.**

### Bgm. Heppe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie kennen das Projekt, Sie kennen auch den Ort, um den es geht. Es geht um die Alte Brauerei, wo - -man die Errichtung einer seniorenrechtlichen Wohnanlage mit barrierefreien, altengerechten Wohnungen entsprechend plant. Bisher hat man das immer geplant mit einem Projektträger, hat sich aber, das hat sich dann im Zuge der Vertragsverhandlungen gezeigt, dazu entschlossen, selbst zum Bauherrn zu werden, also nicht das ganze Projekt an einen Projektträger abzugeben, sondern selbst diese Wohnanlage zu errichten. Die Investorin hat sich einen Architekten genommen und nach derzeitigem Stand sollen dort etwa 39 bis 41 barrierefreie Wohnungen direkt am Leuchtberg entstehen und die sollen auch, wie bei dem früheren Projekt, über Laubengänge erschlossen werden. An dem Entwurf hat sich einiges geändert. Dennoch bewegt er sich im Rahmen des Bebauungsplanes, so wie wir ihn aufgestellt und ausgelegt haben und man möchte gerne noch im Oktober diesen Jahres mit den Abbrucharbeiten beginnen. Deswegen ist dann ein Beschluss auch zu fassen, dass das Grundstück zu den gleichen Konditionen verkauft wird, wie die vorher der Bauträger hatte - - das ist der Bodenrichtwert abzüglich der Abrisskosten, das haben wir der Firma -, die vorher Projektträger war, so zugebilligt. Und wir sind genau bei den gleichen Verträgen und bei den gleichen Summen auch jetzt dann geblieben.

Daraus folgt dann auch der nächste Tagesordnungspunkt - unmittelbar. Wir haben ja den Bebauungsplan, damit dieses Projekt überhaupt möglich wird, aufgestellt und ausgelegt und es hat die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange stattgefunden. Es gibt hier eine umfangreiche Vorlage, wo die verschiedenen Träger öffentlicher Belange ihre Stellungnahmen abgegeben haben. Sie können daraus auch ersehen, wie wir diese Stellungnahmen abgewogen haben. Im Wesentlichen geht es darum bei einem Großteil der Einwände, dass wir die etwa 805 m<sup>2</sup> große Grünfläche im Osten des Grundstückes erhalten, dass wir erhaltenswerte Gehölze dort auch kennzeichnen und dass wir auch noch mal deutlich festsetzen, dass innerhalb dieser Grünfläche die Laubbaum- und Strauchstrukturen unter Berücksichtigung der Verkehrssicherungspflicht dauerhaft zu erhalten sind und dass wir auch die artenschutzrechtlichen Bestimmungen dort entsprechend einhalten wollen. Das waren die wesentlichen Einwendungen, die es dort gegeben hat. Alles Weitere ist dann im Bau- und Planungsausschuss im Detail erörtert worden. Herzlichen Dank.“

### Stv. Feiertag (als Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses):

„Meine Damen und Herren, im letzten Bau- und Planungsausschuss am vergangenen Dienstag sind beide Tagesordnungspunkte in der Tat beraten worden. Ich will es mal so ausdrücken, im Ausschuss ist das Projekt sehr wohlwollend nochmal erörtert worden. Gebäudestrukturen, die ganze Anlagestruktur usw. Auch, dass man nun selbst Bauherr ist und nicht das Mittel eines Investors gewählt hat, ist auch sehr wohlwollend diskutiert worden. Es gab einen kleinen Kritikpunkt oder Kritikpunkt würde ich es noch nicht mal richtig nennen, es wurde der Vorschlag gemacht, die Fassade nochmal unter Umständen mit dem Gestaltungsbeirat zu diskutieren und da nochmal Vorschläge erarbeiten zu lassen. Die Anpassung an das umliegende Wohnviertel war da das Thema. Das war dann aber auch so der einzige Punkt, der etwas kritisch diskutiert wurde und der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt Ihnen in beiden Fällen, also was den B-Plan betrifft als auch was den Grundstücksverkauf betrifft, vorlagegemäß zu entscheiden. Vielen Dank.“

### **Keine weiteren Wortmeldungen.**

### **Beschluss:**

Dem Verkauf des Grundstückes Cyriakusstraße 24-44 analog der Konditionen -des bisherigen Investors an den neuen Investor wird zugestimmt.

### **Einstimmig beschlossen.**

**101. BEBAUUNGSPLAN NR. 148 „ALTE BRAUEREI/CYRIAKUSSTRASSE“ (ÄNDERUNG EINES TEILBEREICHS DES BEBAUUNGSPLANES NR. 22); ABWÄGUNG DER STELLUNGNAHMEN IM RAHMEN DER ERNEUTEN ÖFFENTLICHEN AUSLEGUNG UND SATZUNGSBESCHLUSS**

- 4 -

---

- Wortbeiträge siehe TOP 100 -

**Beschluss:**

- a) Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und der öffentlichen Auslegung sowie im Rahmen der erneuten Beteiligung der Behörden und der erneuten öffentlichen Auslegung zum Entwurf des Bebauungsplans Nr. 148 „Alte Brauerei Cyriakusstraße“ vorgebrachten Anregungen werden wie in der Vorlage im Einzelnen begründet, zurückgewiesen bzw. berücksichtigt.
- b) Die Bebauungsplan-Änderung Nr. 148 „Alte Brauerei Cyriakusstraße“ (Änderung eines Teilbereichs des Bebauungsplan Nr. 22) wird gemäß § 10 Baugesetzbuch als Satzung beschlossen.

**Einstimmig beschlossen.**

**102. BEBAUUNGSPLAN NR. 82.3 „GRUNDSTÜCKSNEUORDNUNG FORSTGASSE 11 - 13“ (ÄNDERUNG EINES TEILBEREICHS DES BEBAUUNGSPLANES NR. 82 S); AUFSTELLUNGSBESCHLUSS UND ABSCHLUSS EINES STÄDTEBAULICHEN VERTRAGES**

- 41 -

---

Bgm. Heppe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir begeben uns jetzt nun vom Leuchtbergviertel wieder in die Kernstadt, genauer gesagt in die Forstgasse, Forstgasse 11-13. Das ist eben genannt worden. Ein Projekt, was schon häufig und über Jahre hinweg diskutiert wurde, auch im Zusammenhang mit der Projektrealisierung der Schlossgalerie kann man es nicht schaffen, die Schlossgalerie über die Forstgasse anzubinden. Die Grundstückseigentümer haben eine Firma beauftragt, die in dieser Hinsicht dann auch tätig zu werden. Ich darf den Vertreter der Gesellschaft auch im Publikum herzlich begrüßen. Von dort ist eine Realisierungsstudie erstellt worden, die den Abbruch aller Baulichkeiten auf den Grundstücken beinhaltet und in der eine mehrgeschossige Neubebauung entlang der Forstgasse und der bauliche Anschluss an das Grundstück der Schlossgalerie dargestellt ist. Dann hat es Vorabstimmungen gegeben und die Denkmalbehörden haben dann auch zugestimmt, dass man die Forstgasse 11 und alle rückwärtigen Gebäude, um Herrn Gassmann an der Stelle mal wieder zu zitieren, also das Ganze „Gelumpse“ da hinten drin, was städtebaulich richtigerweise allerdings „Geraffel“ genannt werden müsste, dass man das wegnehmen kann und dann dort eine entsprechende Anbindung an die Schlossgalerie schaffen kann. Damit das aber dann auch möglich ist, ist es erforderlich, dass wir einen Bebauungsplan aufstellen, damit wir also dort dann auch sichtbar machen, hier in diesem Bereich des Stadtraumes tut sich was, und das wir dann im Anschluss an die Aufstellung auch als Magistrat einen städtebaulichen Vertrag mit der Firma - dann entsprechend schließen. Darin ist dann geregelt, dass die Kosten der Bauleitplanung durch den Vorhabenträger dann entsprechend auch zu tragen sind. In dem Vertrag werden wir auch noch den Passus aufnehmen, dass wir das gemeinsame Ziel verfolgen, dass bei der Grundstücksentwicklung denkmalschutzrechtliche und vor allen Dingen auch stadtgestalterische Belange umfassend berücksichtigt werden und damit wir halt dort auch noch eine Einflussmöglichkeit uns erhalten auf die Gestaltung dieser dann im Stadtbild doch

schon prägenden Straße. Heute geht es nun darum, dass wir den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan entsprechend dort fassen. Herzlichen Dank.“

Stv. Feiertag (als Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses):

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, Herr Montag hat es gesagt, auch das war im Bau- und Planungsausschuss am vergangenen Dienstag. Um das wichtigste vielleicht vorweg zu nehmen, auch hier gibt es einen einstimmigen Beschluss der Ausschussmitglieder, Ihnen die Annahme dieses Ihnen vorliegenden Beschlussvorschlages so zu empfehlen. Das war auch, wie gesagt, einstimmig. Zwei oder drei Punkte will ich vielleicht noch erwähnen aus der Sitzung. Also auch hier wurde gewürdigt, dass das, wenn dieses Projekt denn sozusagen nun stattfindet, es eine enorm belebende Wirkung auf die Forstgasse haben kann. Die Forstgasse wird angebunden an den Stad und für den oberen Teil der Forstgasse gibt es ja noch weitere Projekte, sie kennen die Geschichte. Morgen trifft sich hier der Kreistag und entscheidet über den Ankauf des Schloss-Hotels. In dem gesamten Bauvorhaben wäre es wunderbar, wenn wir da auch sozusagen die Forstgasse von oben an den Stad angeschlossen bekommen würden. Der Bürgermeister hat es eben auch schon erwähnt. Jetzt der zweite positive Effekt, den wir uns erwarten, ist tatsächlich eine Neuerschließung der Schlossgalerie, weil die Öffnung in der Forstgasse wäre sozusagen dann im mittleren Stockwerk der Schlossgalerie und man könnte von dort aus dann also das 2. Obergeschoss besser erschließen und kann nach unten dann auch zum Stad rausgehen. Auch das hat positive Effekte für die Schlossgalerie an sich. Das ist auch noch mal gewürdigt worden im Bau- und Planungsausschuss. Ein bisschen Kritik ist geübt worden natürlich an der Situation Forstgasse 13, das Gebäude, um was es auch geht, über das der Denkmalschutz befinden muss. Aber nichtsdestotrotz, wenn für ein Gebäude über einen längeren Zeitraum keine Nutzung da ist, dann muss man natürlich das auch zur Kenntnis nehmen und sich überlegen, was mit dem Gebäude passieren muss, auch wenn es unter Denkmalschutz steht. Es gab dann den Vorschlag, es gab ja auch eine kleine Skizze von der Projektgesellschaft, die das Projekt im Ausschuss auch vorgestellt hat, über die Fassade auch hier an der Stelle noch mal nachzudenken und eine Krümmung der jetzigen Gebäude und der Hofeinfahrt etwa aufzunehmen. Das ist ja alles noch machbar im Prinzip und auch hier hat der Gestaltungsbeirat, wenn das denn stattfindet, natürlich ein gewaltiges Wort mitzureden. In diesem Sinne, wie gesagt, der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt Ihnen einstimmig: Annahme dieses Beschlussvorschlages.“

Stv. Jung:

„Vielen Dank Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen Stadtverordnete, auch wir, die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen halten das Vorhaben Anbindung der Schlossgalerie an die Forstgasse für ein unterstützendes und wünschenswertes Vorhaben, aber genau deshalb möchten wir im Vorfeld doch noch einige Dinge geklärt haben. Ich kann das einfach mal aus der Beschlussvorlage vorlesen.

Die Zustimmung der Denkmalschutzbehörde zur geplanten Entwicklung auf dem Grundstück Forstgasse 11-13 und insbesondere zum Umgang mit dem denkmalgeschützten Vordergebäude Forstgasse 13 sowie zu möglichen Ersatzbebauungen ist noch vom jeweiligen Vorhabenträger, also dem Investor, einzuholen und die Planung ist auch dem Gestaltungsbeirat der Stadt Eschwege vorzustellen.

Also wir möchten, dass erstmal diese Gespräche vom Investor mit den Behörden, also mit der Denkmalschutzbehörde, und auch mit dem Gestaltungsbeirat geführt werden bzw. vom Gestaltungsbeirat dessen Wünsche eingeholt werden, damit nämlich nicht etwas passiert, was wir in der Vergangenheit bei einem Gebäude erlebt haben, der Name wurde hier eben schon erwähnt, nämlich Schloss-Hotel, was da nämlich auch geschehen ist. Da war der Investor und da hat der plötzlich gemerkt, als er seinen Bauantrag stellte, da gibt es ja auch so etwas wie Brandschutz und die wollen ja vielmehr von mir als ich bereit bin zu erfüllen. Und im Ergebnis hatten wir eine Bauruine. Hoffentlich nicht mehr lange. Damit das Gleiche nicht mit dem Gebäudekomplex geschieht, sind wir der Meinung, dass diese Empfehlungen, Wünsche und auch Verpflichtungen von der Denkmalschutzbehörde eingeholt werden müssen und dem Bau- und Planungsausschuss dann vorgelegt werden sollen. Und genau das Gleiche

gilt für den Gestaltungsbeirat. Auch die Stellungnahme des Gestaltungsbeirates sollte erst einmal abgegeben werden. Deshalb werden wir dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen. Wir werden sie auch nicht ablehnen. Wir werden uns enthalten. Und ich beantrage, dass dieser Prozess im Verfahren bleibt und dann, wenn die entsprechenden Unterlagen vorliegen, der Bau- und Planungsausschuss nochmal zusammentritt und wir bis dahin diesen Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung verschieben. Vielen Dank.“

Bgm. Heppe:

„Ich hätte das gerne nochmal erläutert. Herr Jung, wir bewegen uns hier im Bereich der HGO und des Baugesetzbuches. Es geht hier um einen Aufstellungsbeschluss. Dieser Aufstellungsbeschluss besagt nur, dass wir wissen, dass in dem dargestellten Bereich eine Entwicklung sich vollziehen wird. Erst dann, wenn wir einen Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan hier in diesem Hause treffen. Erst dann wird dieser dann nach einer gewissen Frist rechtskräftig. Und solange wir keinen rechtskräftigen Bebauungsplan haben, muss sich jedes Vorhaben noch an die alten Regelungen halten. Insofern ist da keine Gefahr im Verzug, sondern wir sind als Stadtverordnetenversammlung und Magistrat nach wie vor Herr des Verfahrens. Danke.“

Stv. Jung:

„Das ist alles richtig, was der Bürgermeister gesagt hat. Diese Beschlussfassung ist aber die einzige Handhabe, die wir als Stadt überhaupt haben.“

#### **Bemerkungen aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.**

Stv. Jung:

„Aber wenn der Bebauungsplan aufgestellt wird oder geändert ist, ist es weitaus schwieriger. Nochmal, wir möchten, dass dann, wenn alle Erkenntnisse vorliegen, das genau dann die Vorlage noch einmal in den Bau- und Planungsausschuss kommt und wir darüber beraten. Genau das ist der Antrag.“

Stv.-V. Montag:

„Das ist die Automatik.“

Stv. Jung:

„Wunderbar. Dann ist das okay. Wir werden uns trotzdem bis dahin der Stimme enthalten.“

#### **Keine weiteren Wortmeldungen.**

#### **Beschluss:**

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 82.3 „Grundstücksneuordnung Forstgasse 11 - 13“ (Änderung eines Teilbereichs des Bebauungsplanes Nr. 82 S), wird gemäß § 2 Baugesetzbuch beschlossen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 82.3 umfasst die Flurstücke 46/1 und 47/3, Flur 50 Gemarkung Eschwege und ist nachfolgend (Anlage 1) dargestellt. Das Verfahren wird gemäß § 13 a Baugesetzbuch (Bebauungsplan der Innenentwicklung) durchgeführt.

**Mit 29 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen.**

### 103. KARLSTURM

#### HIER: AUFTRAGSVERGABE DACHDECKERARBEITEN UND ZUSTIMMUNG ZUR ÜBERPLANMÄSSIGEN AUFWENDUNG GEM. § 100 HGO I. V. M. § 7 DER HAUSHALTSSATZUNG 2015

- 43/2 -

---

Bgm. Heppe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, es geht um den Karlsturm, uralt und ein prägendes Gebäude auf unserem Schulberg, die Keimzelle Eschweges, wenn man so will. Aber sie hat Schaden genommen, nämlich in dem Sturm in der Nacht vom 31. März auf den 1. April wurde die Dacheindeckung des Turmes so stark beschädigt, dass die Musikschule uns gemeldet hat, dass man dort Wasserflecken an der Decke gesehen hat. Wir haben dann die Dachfläche prüfen lassen und es hat dann sich ergeben, dass es noch mehrere Fehlstellen gab, so dass hier ein Handlungsbedarf besteht. Der Schiefer auf dem Turmdach ist mindestens 50 Jahre alt und abgängig, so dass eine Reparatur in Einzelflächen nicht mehr erfolgen kann. Deswegen wurden vier Firmen aufgefordert, ein Angebot abzugeben für die Sanierung der betroffenen Dachfläche. Drei Firmen haben dann das Angebot abgegeben. Sie sehen die Aufstellung, wie sie sich in der Vorlage darstellt. Die o. g. Arbeiten sind unaufschiebbar und zwingend erforderlich, um weitere Schäden vom Gebäude abzuwenden und daher dringend durchzuführen. Das ist dann eine überplanmäßige Aufwendung, weil wir sie in diesem Haushaltsplan nicht drin haben. Wir können aber im Rahmen des Gesamtbudgets des Fachbereiches 4 hier eine Deckung gewährleisten und der Magistrat empfiehlt Ihnen dann hier, dem günstigsten und wirtschaftlichsten Anbieter entsprechend den Zuschlag zu erteilen und der überplanmäßigen Aufwendung zuzustimmen. Herzlichen Dank.“

Stv. Feiertag:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, wir haben eigentlich nur eine kleine Frage. Und zwar Sturmschäden hat vielleicht jeder auch schon mal an seinem Haus gehabt, wenn mal eine Dachziegel fehlt, dann gibt es dafür in der Regel eine Versicherung und wir würden eigentlich gerne wissen, ob das geprüft worden ist, ob an der Stelle vielleicht ein Versicherungsschaden geltend gemacht werden kann. Danke.“

Bgm. Heppe:

„Da kann ich jetzt im Augenblick nichts zu sagen. Das wird mit Sicherheit geprüft worden sein.“

Stv.-V. Montag:

Das ist eigentlich schon wichtig. Ich hätte das eigentlich in der Vorlage erwartet.“

#### **Bemerkung aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.**

Bgm. Heppe:

„Ich halte mal kurz Rücksprache mit dem Fachbereichsleiter 4.

Der Schaden ist unserer Versicherung gemeldet. -. Dessen ungeachtet, müssen wir natürlich rechtlich erst einmal den Auftrag erteilen, damit die Aufgaben wahrgenommen werden können.“



Stv. Jung:

„Meine Damen und Herren, wir gehen mal davon aus, dass das Gebäude tatsächlich auch genutzt wird von der Musikschule und dass es damit in diesem Gebäude auch eine Beheizung gibt. Wir hätten uns gewünscht, wenn dieses Dach schon saniert wird, dass es dann auch energetisch saniert wird, das heißt dass eine Wärmedämmung hineinkommt. Wir mogeln uns immer gerne um Maßnahmen zur Energieeinsparung herum. Jetzt können wir natürlich wieder sagen, das kostet nur viel Geld und bringt gar nicht viel, was wir da einsparen. Soviel wird das Gebäude nicht genutzt. Ich weiß nicht, wieviel Stunden das im Jahr genutzt wird. Hier geht es, glaube ich, auch um eine prinzipielle Frage. Wir hatten vor einem halben Jahr schon ein Thema, als es um die Beleuchtung des städtischen Forstes ging. Es waren auch nur 1.500 €. Ich weiß nicht, jetzt würde man wahrscheinlich nur 500 €, vielleicht auch nur 300 € im Jahr einsparen. Aber wir glauben, für eine Stadt, die das Ziel hat, klimaneutral zu werden, würde es gut anstehen, wenn man ein Gebäude, das auch tatsächlich genutzt wird, wenn da sowieso schon das Dach saniert wird, dass man dort auch eine energetische Sanierung vornimmt. Denn letztlich, wenn wir unsere Klimaschutzziele erreichen wollen, dann möchten wir natürlich auch, dass Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen das tun. Und da sollten wir als Stadt auch mit gutem Beispiel vorangehen. Natürlich muss das Dach in Stand gesetzt werden, aber wie gesagt, die energetische Sanierung fehlt. Wir werden uns deshalb enthalten.“

Bgm. Heppe:

„Sehr geehrter Herr Jung, das ist eine Frage, mit der wir uns auch im Magistrat natürlich auseinandergesetzt haben. Aufgrund der geringen Nutzungsdauer, die dieses Gebäude im Winterhalbjahr hat, ergibt sich an der Stelle das dann nicht. Das, was dort energetisch möglich ist, nämlich entsprechend bei der Decke, weil oben am Dach, das braucht man nicht. Der Dachraum ist kalt. Dann an der Decke dort entsprechende Dämmung vorzuhalten, das ist soweit dort auch mit erledigt und mit geprüft. Danke.“

Stv. Fiegenbaum:

„Meine Damen und Herren, Herr Vorsteher, ich habe nur noch eine zusätzliche Frage. Gibt es da nicht auch Vorschriften, dass das gedämmt werden muss? Also, als ich mein Haus neu gedeckt habe, da musste ich eine 160 mm große Dämmung oben einbauen. Das ist Vorschrift oder?“

Bgm. Heppe:

„Der Karlsturm ist ein Denkmal.“

Stv.-V. Montag:

„Der Magistrat überlegt und Herr Feiertag hat das Wort.“

Stv. Feiertag:

„Meine Damen und Herren, Herr Jung, Herr Fiegenbaum, ich würde das Wort unverhältnismäßig an der Stelle vielleicht anwenden. Wie gesagt, das ist ein Raum, der temporär genutzt wird. Da können Sie sich auch von überzeugen. Da ist sommertags Schlagzeug-Unterricht drin und da ist noch nicht einmal eine Heizung drin, meines Wissens. Dann dient dieser Raum quasi als Gebäudedämmung selber. Es wäre wirklich unverhältnismäßig, glaube ich, eine Dachdämmung anzuwenden an dieser Stelle, nach Vorschriften sozusagen eines Wohnhauses. Das würde ich mal so hier behaupten. Von daher glaube ich, muss das nicht unbedingt sein.“

Ich würde aber gerne noch mal auf das Versicherungsthema zurückkommen. Ich würde wirklich, bevor ein Auftrag erteilt wird, gerne wissen, ist die Versicherung an der Stelle im Boot oder ist die Versicherung nicht im Boot? Und wenn ja, mit welcher Höhe ist die Versicherung an dieser Stelle im Boot, weil es kann ja auch sein, dass die Versicherung sagt, wenn sie jetzt das ganze Dach sanieren, dann zahlen wir gar nichts. Die Versicherung zahlt ja nur den Sturmschaden und sicherlich nicht die Sanierung des gesamten Daches. Also bevor dieser Auftrag ausgelöst wird, rate ich dringend an, an der Stelle aus eigener Erfahrung auch die Klärung mit der Versicherung herbeizuführen.“

Bgm. Heppe:

„Natürlich wird eine Versicherung nicht die komplette Dacheindeckung entsprechend machen, sondern eine Versicherung ist dazu da, die entstandenen Schäden, nämlich die Sturmschäden, entsprechend zu ersetzen. Ich habe aber eben auch vorgetragen, dass wir jetzt im Augenblick ein löchriges Dach haben und dass es dringend geboten ist, diese Aufgaben jetzt durchzuführen. Die nächste Stadtverordnetenversammlung haben wir nach den Sommerferien, irgendwann im September. Wenn Sie mir garantieren, dass Sie beschließen, dass es bis dahin keinen Wolkenbruch mehr gibt, dann können wir das gerne bis in den September verschieben. Ansonsten würde ich dennoch hier dringend raten, die notwendigen Arbeiten durchführen zu lassen. Dankeschön. Und die Kostenerstattung können wir im Prozess klären.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Bürgermeister.

Herr Feiertag, es heißt ja auch hier, bis zu 54.000 € und dann werden wir im Rahmen der Haushaltsplanung, wenn es dann abgerechnet ist, auch erfahren, was da gewesen ist. Wenn das bis zu heißt, das heißt, es darf nicht überschritten werden und dann ansonsten müssten wir das nachgenehmigen.“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

**Beschluss:**

Der überplanmäßigen Aufwendung bis zu 54.000,00 Euro wird gem. § 100 HGO zugestimmt.

**Mit 29 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen.**

**104. ANTRAG DER PARTEI DIE LINKE BETR. BÄNKE UND SPIELGERÄTE IN DEN EINKAUFSTRASSEN**  
**- 4/03/11 -**

---

Stv. Gassmann:

„Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Gäste. Wir wollten mit unserem Antrag bewirken, dass im Bereich des unteren Stades Ruhebänke aufgestellt werden. Fakt ist, dass im unteren Bereich des Stades keine Ruhebänke vorhanden sind. Gerade für Ältere und Behinderte macht es durchaus Sinn, da Bänke aufzustellen. Zum zweiten wollten wir mit unserem Antrag erreichen, dass die Eschweger Einkaufsstrassen an Attraktivität gewinnen und zwar dadurch, dass wir für Kinder Spielgelegenheiten aufstellen und zwar keine Schaukelpferde, sondern kreative Spielgeräte, Spielland-

schaften, könnte ich mir vorstellen, die man in der Eschweger Innenstadt platzieren kann, um so die Stadt Eschwege als Einkaufsstadt noch attraktiver zu machen. Dankeschön.“

#### Stv. Fiegenbaum:

„Meine Damen und Herren, Herr Vorsteher, Bänke und Spielgeräte okay. Aber um hierzu brauchbare, sinnvolle Nutzung zu finden und natürlich Standorte plädieren Bündnis 90/Die Grünen für eine Überweisung in den Ausschuss, der zuständig ist. Gleichzeitig sollten wir die entsprechenden Beratungen hierzu im Zuge der Zertifizierung Familienfreundliche Stadt im Hinterkopf haben. Das Audit-Konzept sieht nämlich besondere Ziele vor, die auch für die Antragsobjekte relevant sind. Danke.“

#### Bgm. Heppe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist natürlich Angelegenheit der Stadtverordnetenversammlung, es sollte mit Sicherheit auch im Ausschuss durchaus beraten werden. Dagegen spricht nichts. Ich mache nur darauf aufmerksam, dass wir in dem Bereich unterer Stad generell gerade in einer Überplanung uns befinden, nämlich es ist Gegenstand oder das Hauptaugenmerk der Verzahnung Werra-Stadt. Und es ist auch schon einmal überplant worden durch den Plan Umgestaltung des öffentlichen Raums. Auch in diesen Teilplänen sind bereits Spielmöglichkeiten und auch Ruhemöglichkeiten, das geht sogar über Ruhebänke hinaus, drin vorgesehen. Aber über die Details wird man deswegen mit Sicherheit auch noch reden. Wir sind also an dem Thema ohnehin dran und es ist auch beabsichtigt, im Rahmen dieser Standumbauprozesse Verzahnung Werra-Stadt, Umgestaltung öffentlicher Raum im Bereich des unteren Stads dann auch in diesem umfassenden Planungsprozess auch sämtliche beteiligte, sprich die Händler und die Eigentümer, mit zu beteiligen, so wie wir es in der Vergangenheit beispielsweise am Marktplatz auch getan haben. Besten Dank.“

#### Stv.-V. Montag:

„Jetzt ist das ja ein Antrag und wenn ein Antrag angenommen wird, dann muss der Bürgermeister innerhalb von einer bestimmten Zeit berichten. Von der Verzahnung Werra-Stadt haben wir ja lange nichts gehört. Da ist also nicht berichtet worden und so hat das natürlich einen anderen Wert. Der Bürgermeister sagt, jetzt ist man in Handlungszwang und muss auch berichten, was auf dieser Schiene passiert. Gut, nur ein Hinweis von mir.“

#### StK. Brill:

„Das, was Herr Fiegenbaum vorgetragen hat, ist ja was anderes, mit dem Überweisungsbeschluss, als das, was die Linke jetzt hier vorgeschlagen hat. Die Linke sagt, man soll Gespräche mit dem örtlichen Einzelhandel führen zum Thema Spielgeräte. Wir haben uns mit der Fachverwaltung über das Thema Spielgeräte im öffentlichen Raum schon länger Gedanken gemacht. Wir verfolgen es natürlich auch im Rahmen des Audit-Prozesses. Das wissen Sie, wir haben einen Strategie-Workshop zu dem Thema gehabt, und sind momentan dabei, auch die Ziele zu formulieren, die wir im Rahmen des Audits dann auch langfristig verfolgen. Mein Vorschlag ist, zu warten, bis wir da bei der Zielformulierung weiter sind und dann zu gucken, wie entwickeln wir ein Konzept. Dafür muss man nämlich im Übrigen dann auch Geld in die Hand nehmen, um also Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum zur Verfügung zu stellen. Man braucht nicht nur ein Konzept, sondern wie gesagt, da muss man auch langfristig für eine vernünftige Finanzierung sorgen. Vorgesehen ist es ja im Februar, in der Stadtverordnetenversammlung entsprechend einen Beschluss zum Audit herbeizuführen. Da wird das dann Eingang finden und dann werden wir uns in den kommenden Jahren damit beschäftigen. Ich will das damit nicht auf die lange Bank schieben. Ich will nur sagen, es macht wenig Sinn, jetzt mal Gespräche mit dem Einzelhandel zu führen, sondern es macht Sinn, da ein vernünftiges Konzept zu entwickeln und ich glaube, da sind wir gar nicht weit auseinander.“

Stv.-V. Montag:

„Der Antragsteller erklärt sich damit einverstanden, dass wir einen Überweisungsbeschluss in den Bau- und Planungsausschuss fassen. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.“

StK. Brill:

„Darf ich dazu noch einmal etwas sagen. Der Bau- und Planungsausschuss ist nicht der Ausschuss der sich mit Spielgeräten im öffentlichen Raum beschäftigen sollte, aus meiner Sicht.“

Stv.-V. Montag:

„Naja, also, die Stadtverordnetenversammlung kann schon sagen, wo sie das hinhaben möchte. Und man kann ja auch, wenn das im Rahmen des Audits vorgetragen werden soll, den Bau- und Planungsausschuss, wenn es um diesen Punkt geht, dazu laden und kann sagen, kommt mal mit dazu. Es ist überwiesen worden. Und dann wird die Stadtverordnetenversammlung dann unterrichtet in beiden Fällen.“

Ich komme noch mal in die Abstimmung zurück. Wer der Überweisung in den Bau- und Planungsausschuss zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen.“

**Beschluss:**

Der Antrag wird zur weiteren Beratung in den Bau- und Planungsausschuss überwiesen.

**Einstimmig beschlossen.**

## **105. ANREGUNGEN**

---

**Es werden keine Anregungen vorgetragen.**

Stv.-V. Montag:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann möchte ich, bevor ich die Sitzung nun schließe noch auf eine Einladung, die auf Ihren Tischen gelegen hat, des Schützenvereins 1433 Eschwege e. V. hinweisen. Da geht es um das Schützenfest und Sie alle sind recht herzlich zum Schützenfest eingeladen. Ein Programm ist beigelegt. Es gibt ein großes Programm. Der Schützenverein würde sich sehr freuen, wenn viele Stadtverordnete und Magistratsmitglieder das Schützenfest besuchen.“

Wir sind nun am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich weise darauf hin, dass die nächste Sitzung für Donnerstag, den 24.09.2015, wieder hier in der Stadthalle geplant ist.

Ich wünsche Ihnen allen schöne Ferien und einen schönen Urlaub. Kommen Sie gesund und erholt zurück.

Ich weise nochmal auf die morgige Kreistagsitzung hin, wo es ja um das Schloss-Hotel und den Schlossplatz geht, ab 14:00 Uhr hier in der Stadthalle, wenn jemand Interesse hat, der ist ebenso herzlich eingeladen.

Jetzt aber wünsche ich Ihnen einen guten Nachhauseweg und einen schönen Restabend und schließe die Sitzung um 20:34 Uhr. Dankeschön.“

**UNTERSCHRIFTSBLATT ZUR NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE  
SITZUNG DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG**

**AM 23.07.2015**

gez. Karl Montag

---

**Karl Montag**  
(Stadtverordnetenvorsteher)

gez. Volker Jatho

---

**Volker Jatho**  
(Schriftführer)